

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 477

Rechtliche Aspekte des Online-Datings

Insbesondere der Vergütungsanspruch
der Partnerschaftsvermittler
im Internet

Von

Franziska Haberl



Duncker & Humblot · Berlin

FRANZISKA HABERL

Rechtliche Aspekte des Online-Datings

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 477

Rechtliche Aspekte des Online-Datings

Insbesondere der Vergütungsanspruch
der Partnerschaftsvermittler
im Internet

Von

Franziska Haberl



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Augsburg hat diese Arbeit
im Jahre 2017 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7387
ISBN 978-3-428-15283-4 (Print)
ISBN 978-3-428-55283-2 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85283-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg im Wintersemester 2016/2017 angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur wurden bis Januar 2017 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Martin Maties, für seine hervorragende Unterstützung und sein persönliches Engagement bei der Betreuung dieser Arbeit. Durch seine konstruktiven Anmerkungen und Hinweise sowie seine jederzeitige Diskussionsbereitschaft hat er ganz entscheidend zum Gelingen meiner Arbeit beigetragen. Zudem danke ich Herrn Professor Dr. Martin Maties für die akademische Freiheit, die er mir während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seiner Professur für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht sowie Methodenlehre gewährt hat. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Christian Gomille für die freundliche Übernahme und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie bei Herrn Professor Dr. Gregor Kirchhof, LL.M., und Herrn Professor Dr. Wolfgang Wurmnest für ihr Mitwirken in der Prüfungskommission.

Ein herzlicher Dank gebührt auch meinen ehemaligen Kollegen und Freunden, durch die ich meine Promotionszeit in schöner Erinnerung behalten werde. Insbesondere Martin Ryl, Jonas Körner und Nepomuk Nothelfer danke ich für ihr offenes Ohr, ihre Hilfsbereitschaft, das Korrekturlesen der Arbeit und nicht zuletzt die konstruktiven Anmerkungen gerade in den letzten Zügen der Erstellungsphase. Dr. Martina Suyr, Dr. Daniel Schmid und Gabriel Macathy danke ich für die stets erheiternden Kaffeepausen, Mittagessen und Diskussionen auf dem Gang sowie ihre ständige Hilfsbereitschaft in jedweder Notlage an der Fakultät.

Ebenfalls danken möchte ich Manfred Beyl für das sorgfältige Korrekturlesen meiner Arbeit und die intensive Auseinandersetzung mit den Grundregeln der deutschen Grammatik und Rechtschreibung, was mir die Finalisierung der Arbeit in hohem Maße erleichterte.

Mein größter Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinen Eltern Heidi und Georg Haberl, die mir nicht nur diese Ausbildung ermöglicht haben, sondern mich auf meinem bisherigen Lebensweg vorbehaltlos unterstützt, gefördert und gefordert haben, wodurch sie mir die Basis für meine persönliche und berufliche Entwicklung ermöglichten. Durch ihren steten Rückhalt, ihren Zuspruch und ihre Liebe haben sie maßgeblich zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Ihnen widme ich diese Arbeit.

Augsburg, im Juli 2017

Franziska Haberl

Inhaltsübersicht

Einleitung	29
<i>1. Teil</i>	
Das Online-Dating und dessen Entwicklung	33
A. Definition des Online-Datings	33
B. Entwicklung der Partnerschaftsvermittlung	38
C. Der Online-Dating-Markt	42
D. Vorherrschendes Vergütungssystem	48
E. Partnerschaftsvermittlung im Fernsehen	50
F. Abgrenzung von verwandten Leistungsangeboten	51
<i>2. Teil</i>	
Vertragsschluss und -typologie	53
A. Anwendbarkeit des deutschen Rechts	54
B. Vertragsschluss	58
C. Vertragstypologische Einordnung	82
<i>3. Teil</i>	
Wirksamkeit der Verträge	134
A. Wirkung von § 656 BGB	134
B. Verstoß gegen ein Verbotsgesetz (§ 134 BGB)	134
C. Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 2 BGB	140
D. Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB	143
<i>4. Teil</i>	
Die Anwendbarkeit von § 656 BGB	152
A. Regelungsgehalt der Norm	152
B. Rechtsfolgen der Norm	152
C. Anwendungsbereich der Norm	155
D. Hintergrund der Norm	156
E. Verfassungswidrigkeit der Norm	156
F. Rechtsfortbildung	185
G. Fazit für den Vergütungsanspruch	212

*5. Teil***Vertragsrechtliche Aspekte des Online-Datings** 214

A. Sekundäransprüche des Nutzers bei Pflichtverletzungen	214
B. Die Beendigung des Vertrages durch den Nutzer	250
C. AGB-rechtliche Kontrolle ausgewählter Klauseln	279

*6. Teil***Ausgewählte aktuelle rechtliche Probleme** 312

A. Betrügerische Vorgehensweisen	312
B. Wettbewerbsrechtliche Verstöße	313

*7. Teil***Ausblick und Zusammenfassung** 319

A. Änderung der Gesetzeslage	319
B. Thesenartige Ergebniszusammenfassung	328

Anhang 332

A. Marktanalyse bzgl. des Verkehrswertes des Online-Datings	332
B. Korrespondenz mit der V.I.P. GmbH	334

Entscheidungsregister	335
------------------------------------	-----

Literaturverzeichnis	341
-----------------------------------	-----

Verzeichnis der Internetquellen	350
--	-----

Stichwortverzeichnis	353
-----------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
<i>1. Teil</i>	
Das Online-Dating und dessen Entwicklung	33
A. Definition des Online-Datings	33
I. Bisherige Erscheinungsformen	33
1. Heiratsvermittlung und Eheanbahnung	33
2. Partnerschaftsvermittlung	34
a) Gesetzliche Regelungen zur Partnerschaft	34
b) Ursprüngliche Rspr. zur Partnerschaft	34
c) Neue Entwicklungen in der Gesetzgebung	35
d) Definition der Partnerschaft vor dem Hintergrund der Rspr. und der gesetzgeberischen Entwicklung	35
aa) Innere Verbundenheit entsprechend der „nichtehelichen Lebensgemeinschaft“	35
bb) Erfassung gleichgeschlechtlicher Beziehungen	36
cc) Definition der Partnerschaftsvermittlung	37
II. Neuere Erscheinungsform: Online-Partnerschaftsvermittlung	37
B. Entwicklung der Partnerschaftsvermittlung	38
I. Anfänge und ursprüngliche Formen der Partnerschaftsvermittlung	38
II. Heutige Ausprägung der Partnerschaftsvermittlung	41
C. Der Online-Dating-Markt	42
I. Differenzierung und Darstellung des Marktes	42
1. Online-Partnerschaftsvermittlung	42
2. Online Singlebörsen/Social Dating Portale/Kontaktanzeigen Portale	43
3. Casual-Dating/Seitensprungagenturen im Internet	43
4. Spezialisierte Kontaktbörsen im Internet	44
5. Mobile-Dating	44
6. Marktüberblick	45
II. Das Nutzerprofil	46
III. Fakten und Zahlen der Branche	46
IV. Verdichtung des Marktes	48

D. Vorherrschendes Vergütungssystem	48
E. Partnerschaftsvermittlung im Fernsehen	50
F. Abgrenzung von verwandten Leistungsangeboten	51
I. Escort-Service im Internet	51
II. Vermittlung von „Sugar-Daddys/Mamas“	51
III. Speed Dating	52

2. Teil

Vertragsschluss und -typologie	53
A. Anwendbarkeit des deutschen Rechts	54
I. Allgemeine innereuropäische Regelung für Internetpräsenzen	54
II. Verbraucherverträge im Internet	55
1. Rechtswahl	55
2. Vertragsart	56
3. Verbraucherverträge i. S. d. Rom-I-VO	56
III. Außereuropäische Regelung	57
IV. Ergebnis	58
B. Vertragsschluss	58
I. Zustandekommen des Vertrages	58
1. Rechtsbindungswille des Anbieters	58
2. Vorbehalt der Überprüfung der Seriosität	60
3. Ergebnis	61
II. Widerrufsrecht	61
1. Anwendungsbereich der Verbraucherrücktrittsrechte	61
a) Verbraucherverträge	62
b) Entgeltliche Leistung	62
2. Rechtsgrundlage des Widerrufsrechts	63
a) Fernabsatzverträge	64
b) Teilzahlungsgeschäfte	64
3. Widerrufsbelehrung	65
4. Vorzeitiges Erlöschen des Widerrufsrechts	66
a) Erlöschen bei vollständiger Leistungserbringung	66
b) Erlöschen mit Beginn der Leistungsausführung	67
5. Wertersatzpflicht bei Widerruf	68
6. Besondere Pflichten des Unternehmers	70
III. Vertragsschluss mit Minderjährigen	72
1. Geschäftsunfähige	72
2. Beschränkt Geschäftsfähige	72
a) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	73

aa) Rechtlicher Nachteil wegen Geltung der AGB des Anbieters ...	73
bb) Rechtlicher Nachteil durch Datenpreisgabe	74
cc) Zwischenergebnis	74
dd) Bewirkung der Leistung mit eigenen Mitteln durch den Minder- jährigen	74
(1) Direkte Anwendung von § 110 BGB	75
(2) Analoge Anwendung von § 110 BGB	75
(3) Korrektur von Wertungswidersprüchen	76
b) Ergebnis	77
IV. Kontrahierungszwang nach § 21 AGG	77
1. Benachteiligung	77
2. Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot aus § 19 Abs. 1 AGG	78
a) Massengeschäfte	78
b) Unmittelbare Benachteiligung	79
3. Rechtfertigung	80
a) Ungleichbehandlung wegen des Alters	80
b) Ungleichbehandlung wegen des Geschlechts	80
c) Ungleichbehandlung wegen der sexuellen Identität	81
d) Flexible Preise im Online-Bereich	81
4. Ergebnis	82
C. Vertragstypologische Einordnung	82
I. Historische Entwicklung in Bezug auf die Vertragstypologie	82
II. Vertragsgegenstand des Online-Datings	83
1. Einheitlicher Vertrag	84
2. Online-Partnerschaftsvermittlung	85
3. Singlebörsen	86
4. Casual-Dating	87
III. Die einzelnen Leistungsgegenstände	87
1. Zurverfügungstellung der Plattform	88
a) Werkvertrag	88
aa) Voraussetzungen für das Vorliegen eines Werkvertrages	88
bb) Der Plattformvertrag als Werkvertrag	89
(1) Plattformvertrag im Rahmen von sozialen Netzwerken	90
(2) Übertragbarkeit	91
(3) Vergleichbarkeit mit dem Access-Providing	91
(4) Zwischenergebnis	93
b) Mietvertrag	93
aa) Voraussetzungen für das Vorliegen eines Mietvertrages	93
bb) Der Plattformvertrag als Mietvertrag	94
(1) Gebrauchsüberlassung einer Sache	94

(2) Systematik des Mietrechts	95
(3) Zwischenergebnis	96
c) Dienstvertrag	96
aa) Voraussetzungen für das Vorliegen eines Dienstvertrages	97
bb) Der Plattformvertrag als Dienstvertrag	97
d) Zwischenergebnis	98
2. Erstellung eines Persönlichkeitsprofils	98
a) Werkvertrag/Werklieferungsvertrag	98
aa) Werk als Erfolg	99
bb) Beherrschbarkeit des Erfolges	99
cc) Herstellung des Werkes	99
dd) Werklieferungsvertrag	100
b) Dienstvertrag	100
c) Zwischenergebnis	101
3. Matching und Zurverfügungstellung von Kontaktvorschlägen	102
a) Kaufvertrag	102
b) Werkvertrag	102
aa) Früheres Partneranschriftendepot	103
bb) Vergleichbarkeit mit dem heutigen Matching	103
cc) Vermittlungsgarantie	103
dd) Das Matching an sich	104
c) Dienstvertrag	104
d) Zwischenergebnis	104
4. Kontaktgarantie/Vermittlungsgarantie	104
a) Werkvertrag/Dienstvertrag	104
b) Zwischenergebnis	105
5. Ratgeber, Tipps und persönliches Coaching	106
6. Recherche in der Nutzerdatenbank	106
a) Mietvertrag	106
b) Werkvertrag	107
c) Dienstvertrag	108
d) Zwischenergebnis	109
IV. Gesamteinordnung der kostenpflichtigen Verträge	109
1. Das Online-Dating als Maklervertrag	109
a) Allgemeiner Vertragsinhalt und Abgrenzung	110
b) Konkrete Einordnung des Online-Datings	110
aa) Kein Vertragsschluss	111
bb) Fehlende Erfolgsbezogenheit	111
c) Zwischenergebnis	111
2. Klassifizierung der Online-Partnerschaftsvermittlung	112
a) Argumente für die Annahme eines Dienstvertrages	112

b) Gesamtbetrachtung	113
3. Klassifizierung der Singlebörsen	113
4. Klassifizierung des Casual-Datings	114
5. Das Online-Dating als Geschäftsbesorgungsvertrag	114
a) Allgemeiner Vertragsinhalt und Abgrenzung	115
b) Konkrete Einordnung	115
c) Zwischenergebnis	116
V. Gesamteinordnung der kostenlosen Verträge	116
1. Kostenlose Leistung	117
a) Nutzerdaten als Gegenleistung	117
b) Einheitlicher Austauschvertrag	118
c) Dienstvertrag	119
aa) Vergleichbarkeit mit arbeitsrechtlichen Begrifflichkeiten	119
bb) Auslegung im allgemeinen Vertragsrecht	119
d) Zwischenergebnis	120
2. Freemium-Modell	120
a) Sinnvoll nutzbare Leistungen innerhalb der Basismitgliedschaft	121
b) Nicht sinnvoll nutzbare Leistungen innerhalb der Basismitgliedschaft	122
c) Zwischenergebnis	122
3. Ergebnis	122
VI. Berührung datenschutzrechtlicher Belange	122
1. Anwendbare Vorschriften	123
2. Gesetzliche Erlaubnistatbestände	124
3. Datenschutzrechtliche Einwilligung	125
a) Kopplungsverbot	126
b) Widerruflichkeit	126
4. Schuldrechtliche Ausgestaltung	126
a) Schuldvertragliche Einwilligung	127
aa) Kopplungsverbot	127
bb) Widerruflichkeit	128
b) Datenüberlassungsvertrag	129
aa) Vertragstypologie	129
bb) Keine datenschutzrechtlichen Hindernisse	130
(1) Kopplungsverbot	130
(2) Vertragliche Qualifikation	131
c) Ergebnis	131
5. Datenschutzrecht beim Minderjährigen	132

3. Teil

Wirksamkeit der Verträge		134
A.	Wirkung von § 656 BGB	134
B.	Verstoß gegen ein Verbotsgesetz (§ 134 BGB)	134
I.	Ehrenkodex des BvP/Berufsgrundsätze des GDE	135
1.	BvP	135
2.	GDE	135
3.	Satzungen als Verbotsgesetze	136
4.	Ergebnis	136
II.	Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger (§ 180 Abs. 1 StGB)	136
1.	Die Strafnorm als Verbotsgesetz	137
2.	Verstoß gegen das Verbotsgesetz	137
a)	Vermittlung	138
aa)	Online-Partnerschaftsvermittlungen/Singlebörsen	138
bb)	Casual-Dating	138
b)	Gewähren oder Verschaffen von Gelegenheit	139
3.	Zwischenergebnis	139
III.	Verbot der Doppelleihe (§ 172 StGB)	139
V.	Ergebnis	140
C.	Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 2 BGB	140
I.	Objektiver Wert	141
II.	Auffälliges Missverhältnis	141
III.	Subjektiver Tatbestand	142
IV.	Ergebnis	142
D.	Sittenwidrigkeit nach § 138 Abs. 1 BGB	143
I.	Die guten Sitten in Bezug auf das Online-Dating	143
1.	Sittenwidrigkeit aufgrund Umgehung	144
2.	Sittenwidrigkeit aufgrund unterschiedlichen Preisniveaus	145
3.	Sittenwidrigkeit aufgrund Differenzierung nach dem Aussehen	145
4.	Sittenwidrigkeit bei Lockvogel-Angeboten	146
5.	Sittenwidrigkeit bei unseriösen Anbietern	147
6.	Grundsätzliche Sittenwidrigkeit des Casual-Datings	147
7.	Zwischenergebnis	148
II.	Verstoß gegen berufsrechtliche Regelungen	148
III.	Die Vermittlung Verheirateter	148
IV.	Die Vermittlung Minderjähriger	149
1.	Heiratsvermittlung	150
2.	Übertragung auf die Partnerschaftsvermittlung	150
3.	Casual-Dating	150

4. Zwischenergebnis	151
V. Ergebnis	151

4. Teil

Die Anwendbarkeit von § 656 BGB

A. Regelungsgehalt der Norm	152
B. Rechtsfolgen der Norm	152
I. Naturalobligation	153
II. Kondiktionsrechtliche Folgen	153
1. Exkurs: Rückabwicklung von Dauerschuldverhältnissen	154
2. Exkurs: Kondiktion beim Lastschriftverfahren	155
C. Anwendungsbereich der Norm	155
D. Hintergrund der Norm	156
E. Verfassungswidrigkeit der Norm	156
I. Entscheidung des BVerfG	157
II. Bindungswirkung des Beschlusses	157
1. Allgemeine Bindungswirkung	157
2. Bindungswirkung in Bezug auf § 656 BGB	158
III. Verstoß gegen das Grundgesetz zum jetzigen Zeitpunkt	158
IV. Verstoß gegen das Grundgesetz in der Vergangenheit	159
1. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	159
a) Schutzbereich	159
b) Eingriff	160
c) Rechtfertigung	161
aa) Historischer Zweck	161
(1) Sittenwidrigkeit gewerblicher Heiratsvermittlung	162
(2) Schutz der Intimsphäre/Vermeidung von Ärgernissen im Prozess	163
(3) Schutz des Ehe- und Familienfriedens	163
(4) Schutz vor wirtschaftlicher Übervorteilung	163
(5) Gewährleistung der Seriosität des Gewerbes	163
bb) Moderner Zweck der Norm	164
(1) Wandel des Bildes von Ehe und Partnerschaft	164
(2) Gesellschaftliche Anerkennung der Partnerschaftsvermittlung	165
(3) Schutz der Intimsphäre	166
(a) Gesellschaftliche Entwicklung	167
(b) Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes	169
(aa) Hintergrund, Motiv und Schutzzweck	169
(bb) Mittelbare Einwirkung auf das Bild der Intimsphäre	169

(c) Ausreichender Schutz durch prozessrechtliche Vorschriften	170
(d) Tatsächliche Verhältnisse im Prozess	171
(e) Zwischenergebnis	172
(4) Ausreichender wirtschaftlicher Schutz durch andere Vorschriften	172
(a) Schutz vor sittenwidrigen Geschäften/Wucher und gesetzliches Verbot	173
(b) AGB-Kontrolle	173
(c) Verbraucherwiderrufsrecht	173
(d) Datenschutzgesetze	173
(aa) Klassische Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung (BDSG)	174
(bb) Vermittlung im Internet (TMG)	174
(cc) Durchsetzbarkeit der Datenschutzvorschriften	175
(dd) Zwischenergebnis	176
(e) Wettbewerbsrecht	177
(aa) Verschleierung geschäftlicher Handlungen	177
(bb) Unlautere Werbung	177
(cc) Ahndung von Verstößen	178
(f) Öffentlich-rechtliche Vorschriften	178
(g) Zwischenergebnis	179
(5) Schutz des Ehe- und Familienfriedens	179
(6) Zwischenergebnis	180
d) Zwischenergebnis	180
2. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	180
3. Eigentumsfreiheit (Art. 14 Abs. 1 GG)	181
aa) Schutzbereich	181
bb) Eingriff	182
cc) Rechtfertigung	182
4. Schutz der Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)	182
5. Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	183
6. Allgemeiner Justizgewährungsanspruch (Art. 19 Abs. 4, 20 Abs. 3, 97, 101, 103 Abs. 1 GG)	183
7. Zwischenergebnis	184
V. Ergebnis	184
F. Rechtsfortbildung	185
I. Die analoge Anwendung von § 656 BGB	186
1. Die analoge Anwendung von § 656 BGB in der höchstrichterlichen Rspr.	186
2. Voraussetzungen einer Analogie	187
a) Analogiefähigkeit der Norm	187

b) Planwidrige Regelungslücke	188
aa) Regelungslücke	188
(1) Bewusste Regelungslücke	189
(2) Unbewusste Regelungslücke	189
(a) Normlücke	189
(b) Gesetzeslücke	190
(c) Rechts- oder Gebietslücke	190
bb) Planwidrigkeit	191
cc) Planwidrige Regelungslücke in der Vergangenheit	192
(1) Planwidrige Rechts- oder Gebietslücke	192
(2) Planwidrige Gesetzeslücke	192
(3) Zwischenergebnis	193
dd) Planwidrige Regelungslücke in der Gegenwart	193
(1) Gesellschaftliche Entwicklung	193
(2) Rechtliche Entwicklung	194
(a) Aufnahme der Partnerschaftsvermittlung in § 38 Abs. 1 Nr. 3 GewO	194
(b) Bestrebungen zur Änderung des Maklerrechts	194
(aa) Regelungsgehalt	195
(bb) Fazit für die geltende Gesamtrechtsordnung	196
(cc) Zwischenergebnis	197
(c) Schuldrechtsreform	197
(aa) Motivation der Schuldrechtsreform	198
(bb) Rückschlüsse aus der Nicht-Kodifikation	198
(α) Unerkannte Reformbedürftigkeit	198
(β) Bewusstes Unterlassen: Redaktionelle Über- legungen	199
(γ) Bewusstes Unterlassen: Nicht-Kodifizierung vorhandener Rspr.	199
(δ) Bewusstes Unterlassen: Nichtaufgreifen vorhan- dener Entwürfe	201
(ε) Bewusstes Unterlassen: Kodifikation nicht lohnenswert	201
(cc) Fazit für die geltende Gesamtrechtsordnung	202
(α) Bewusstes Unterlassen	202
(β) Kein eindeutiger Rückschluss	202
ee) Zwischenergebnis	203
c) Vergleichbare Interessenlage	203
aa) Eheanbahnung	204
bb) Partnerschaftsvermittlung	204
cc) Umgehung durch anderweitige Vertragsgestaltung	205

(1) Vorliegen eines Umgehungsgeschäftes	206
(2) Unzulässigkeit eines Umgehungsgeschäftes	206
4. Zwischenergebnis	207
5. Verfassungswidrigkeit der Analogie	207
a) Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	208
b) Allgemeiner Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	208
c) Wesentlichkeitstheorie	209
aa) Gesetzgebungspflicht	209
bb) Notwendigkeit einer Zweckmäßigkeitentscheidung	209
cc) Kollision mit dem allgemeinen Justizgewährungsanspruch	210
d) Zwischenergebnis	210
II. Cessante ratione legis cessat lex ipsa (Cessante-Regel)	210
III. Ergebnis	212
G. Fazit für den Vergütungsanspruch	212

5. Teil

Vertragsrechtliche Aspekte des Online-Datings	214
A. Sekundäransprüche des Nutzers bei Pflichtverletzungen	214
I. Behandlung gemischttypischer Verträge	214
II. Die verschiedenen Leistungsstörungen	215
1. Unmöglichkeit	216
a) Tatbestand der Unmöglichkeit	216
aa) Gesamt- oder Teilunmöglichkeit	216
(1) Online-Partnerschaftsvermittlung/entsprechendes Casual-Dating	217
(2) Singlebörsen/entsprechendes Casual-Dating	217
(3) Temporäre Teilunmöglichkeit	217
bb) Unmöglichkeit von Hauptleistungspflichten	218
(1) Unmöglichkeit der Bereitstellung der Plattform	218
(2) Unmöglichkeit der Erbringung von Partnerschaftsvorschlägen (Online-Partnerschaftsvermittlung)	219
(a) Totalunmöglichkeit nach Micklitz	219
(b) Keine Unmöglichkeit, wenn kein passender Vorschlag vorhanden ist	220
(c) Absolutes Fixgeschäft	220
(3) Unmöglichkeit der Datenbankrecherche (Singlebörse)	221
(4) Zwischenergebnis	222
b) Rechtsfolgen der Unmöglichkeit	222
aa) Anwendbarkeit der Vorschriften über Rücktritt und Kündigung	222
(1) Invollzugsetzung des Vertrages	222

(2) Rücktrittsrecht	223
(3) Verdrängung des Rücktrittsrechts	224
bb) Entfallen der Gegenleistungspflicht	224
(1) Verschulden des Gläubigers	225
(2) Gläubigerverzug	225
(a) Übertragung der Grundsätze über den Zugang von E-Mails	225
(b) Durchschnittliche Nutzerfrequentierung	226
(c) Vergütungsabschnitte	226
(d) Zwischenergebnis	226
(e) Keine Mitwirkungshandlung des Nutzers bzgl. des Plattformbesuchs	227
cc) Schadensersatz statt der Leistung	227
(1) Schadensersatz statt der ganzen Leistung (großer Schadens- ersatz)	227
(2) Schadensersatz statt der Leistung (kleiner Schadensersatz) ..	228
dd) Schadensersatz neben der Leistung	229
ee) Aufwendungsersatz	229
2. Schlechtleistung	229
a) Tatbestand der Schlechtleistung	230
aa) Mangelhafte Vorschlagsleistung (Online-Partnerschafts- vermittlung)	230
(1) Der Nichtleistung gleichzusetzende Schlechtleistung	230
(2) Objektive Nichtgeeignetheit	231
(a) Vorschlag entspricht nicht den Suchkriterien	231
(b) Ergebnis eines fehlerhaften Matchings	232
(c) Ungeeignetheit aufgrund sonstiger Umstände	233
bb) Mangelhaftes Persönlichkeitsprofil	234
cc) Mangelhafte Plattform	234
dd) Mangelhafte Datenbank/mangelhafte Rechercheergebnisse (Singlebörse)	235
(1) Pflege und Aktualisierung der Datenbank	235
(2) Antwort auf eine Nutzersuchanfrage	235
ee) Zwischenergebnis	236
b) Rechtsfolgen der Schlechtleistung	237
aa) Anwendbarkeit des werkvertraglichen Gewährleistungsrechts .	237
(1) Gefahrübergang bei der Datenbankrecherche	237
(2) Konkrete Anwendung der Mängelgewährleistungsrechte	238
(a) Nacherfüllung	238
(b) Selbstvornahmerecht	238
(c) Minderung	239

(d) Zwischenergebnis	240
cc) Anwendung der allgemeinen Regeln	240
(1) Schadensersatz statt der Leistung	240
(a) Rechtsgrundlage	240
(b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung (großer Schadensersatz)	241
(c) Schadensersatz statt der Leistung (kleiner Schadensersatz)	241
(d) Fristsetzung bei Nachholbarkeit der Leistung	241
(e) Vertretenmüssen und Schaden	242
(2) Schadensersatz neben der Leistung/Aufwendungsersatz	242
(a) Scamming	242
(b) Kosten der Kontaktaufnahme	242
3. Verzug	243
a) Tatbestand des Verzugs	243
b) Rechtsfolge des Verzugs	243
4. Nebenpflicht-/Nebenleistungspflichtverletzungen	244
a) Überprüfung der Nutzeraktivität	244
aa) Online-Partnerschaftsvermittlung	245
bb) Singlebörsen	245
cc) Rechtsfolgen	246
dd) Praktische Konsequenzen	246
b) Überprüfung des Wahrheitsgehalts	246
c) Überprüfung von „provozierten Falschangaben“	246
aa) Online-Partnerschaftsvermittlung	247
bb) Singlebörsen	247
cc) Rechtsfolgen	247
d) Überprüfung der Seriosität der Nutzer	248
e) Datenschutz	248
5. Fazit	249
B. Die Beendigung des Vertrages durch den Nutzer	250
I. Ordentliche Kündigung	250
II. Außerordentliches Kündigungsrecht des Nutzers aus wichtigem Grund	251
1. Anwendbarkeit von § 626 BGB	251
2. Voraussetzungen von § 626 BGB	252
a) Wichtiger Grund	252
aa) Nicht-/Schlechtleistung	253
bb) Verletzung von Nebenpflichten	253
cc) Nachträgliche Veränderung von Umständen	253
(1) Eingehen einer Beziehung	254
(2) Anderweitiger Interessenverlust	254

(3) Konkurrenz zu § 313 BGB	255
(a) Konkurrenz mit dem allgemeinen Kündigungsrecht	255
(b) Konkurrenz mit dem speziellen Kündigungsrecht	256
(4) Voraussetzungen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	256
(a) Geschäftsgrundlage des Online-Dating-Vertrages (reales Element)	256
(aa) Geschäftsgrundlage: Partner-/Kontaktsuche	257
(bb) Geschäftsgrundlage: Nutzungsmöglichkeit	257
(b) Schwerwiegende Änderung der Umstände (hypothetisches Element)	257
(aa) Online-Partnerschaftsvermittlung/Singlebörse	257
(bb) Casual-Dating	258
(c) Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag (normatives Element)	258
(aa) Eingehen einer Partnerschaft	258
(bb) Verlust der Nutzungsmöglichkeit	258
(5) Zwischenergebnis	259
b) Interessenabwägung/Erfordernis einer vorherigen Abmahnung	259
c) Erklärungsfrist	260
3. Ergebnis	260
III. Außerordentliches Kündigungsrecht des Nutzers ohne wichtigen Grund	261
1. Voraussetzungen von § 627 BGB	262
a) Kein dauerndes Dienstverhältnis mit festen Bezügen	263
aa) Definition	263
bb) Subsumtion	263
(1) Online-Partnerschaftsvermittlung/Singlebörsen	264
(2) Casual-Dating	265
(3) Zwischenergebnis	265
cc) Zwischenergebnis	266
b) Dienste höherer Art	266
aa) Definition	266
bb) Subsumtion	266
(1) Ansätze in Lit. und Rspr.	267
(2) Stellungnahme	268
(a) Online-Partnerschaftsvermittlung	268
(b) Singlebörse	269
(c) Preisgabe persönlicher Daten	269
(d) Programmierung der Algorithmen	269
(e) Persönliche Betreuung durch den Anbieter in Form von Zusatzleistungen	270
cc) Zwischenergebnis	270

c) Besonderes Vertrauen	270
aa) Definition	270
bb) Subsumtion	271
(1) Ansätze in der Lit.	271
(2) Stellungnahme	272
(a) Preisgabe sensibler Daten durch den Nutzer	272
(b) Möglichkeit des Missbrauchs	274
(c) Überprüfung der Seriosität durch den Anbieter	274
(d) Persönliche Betreuung durch den Anbieter in Form von Zusatzleistungen	275
cc) Zwischenergebnis	275
2. Ergebnis	275
IV. Vergütungsanspruch und Schadensersatz bei außerordentlicher Kündigung	275
1. Anspruch des Anbieters auf Teilvergütung (pro-rata-temporis)	275
a) Online-Partnerschaftsvermittlung	276
b) Singlebörse	276
c) Ausschluss des Anspruchs	277
2. Anspruch auf Schadensersatz	277
3. Anspruch des Nutzers auf Rückzahlung des Vorschusses (pro-rata-temporis)	277
4. Ergebnis	278
V. Vertragsbeendigung durch Tod des Nutzers	278
C. AGB-rechtliche Kontrolle ausgewählter Klauseln	279
I. Vorliegen von AGB	279
II. Wirksame Einbeziehung	280
III. Klauselkontrolle	280
1. Die Ehevermittlung/Eheanbahnung als Vertragsgegenstand	280
2. Einsatz von IKM-Schreibern/Controllern	281
a) Überraschende Klausel	281
b) Generalklausel	283
c) Ergebnis	283
3. Vorauszahlungspflicht	284
a) Inhaltskontrolle	284
aa) Faktisches Bedürfnis aufgrund der Rspr.	285
bb) Kombination mit Rückforderungsausschluss	285
cc) Vorleistung unter Ausschluss einer Ratenzahlung	286
b) Ergebnis	286
4. Wertersatz bei Widerruf	286
a) Ausschluss des Widerrufsrechts bzgl. der Persönlichkeitsanalyse	287
b) Wertersatz für Persönlichkeitsanalyse	288
c) Pauschalierter Wertersatz	289

aa) Zwischenergebnis	290
bb) Zulässige Klausel	291
5. Frühzeitiges Erlöschen des Widerrufsrechts	291
6. Automatische Vertragsverlängerung	292
a) Überraschende Klausel	292
b) Inhaltskontrolle	293
aa) Verstoß gegen ein Klauselverbot	293
bb) Generalklausel	293
c) Ergebnis	295
7. Haftungsfreizeichnung	295
a) Inhaltskontrolle	296
aa) Verstoß gegen ein Klauselverbot	296
bb) Generalklausel	297
b) Ergebnis	298
8. Kündigungsrecht	298
a) Ordnungsgemäße Befristung	298
b) Ausschluss des außerordentlichen Kündigungsrechts	299
aa) Aus wichtigem Grund	300
bb) Ohne wichtigen Grund	300
(1) Direkter Ausschluss	300
(2) Beeinträchtigung durch Kündigungsfristen, Laufzeiten und Laufzeitverlängerungen	301
cc) Zwischenergebnis	301
c) Rückforderungsausschluss bei Kündigung	302
d) Hinweis auf ein bestehendes Kündigungsrecht	303
e) Schrift-/Textform der Kündigungserklärung	304
aa) Überraschende Klausel	304
bb) Inhaltskontrolle	306
(1) Verstoß gegen ein Klauselverbot nach alter Rechtslage	306
(a) Ausschluss der elektronischen Form	306
(b) Verweis auf die gesetzlich geregelte elektronische Form	306
(c) Pflichtangaben als Wirksamkeitsvoraussetzung	307
(2) Verstoß gegen ein Klauselverbot nach neuer Rechtslage	307
(3) Generalklausel (Altverträge)	307
(a) Erschweren der Kündigung	308
(b) Missverständliche Formulierung	308
(c) Ausschließlich digitale Kommunikation	308
f) Ergebnis	309
9. Datenschutzbestimmungen	310
10. Rechtsfolge bei Verwendung unzulässiger AGB	310
11. Ergebnis	311

6. Teil

	Ausgewählte aktuelle rechtliche Probleme	312
A.	Betrügerische Vorgehensweisen	312
B.	Wettbewerbsrechtliche Verstöße	313
	I. Werbung mit einer („Un“-)Statistik	314
	II. Werbung mit unwahren Angaben	315
	III. Werbung mit der unentgeltlichen Vermittlung von Damen	316
	IV. Intransparente Preisgestaltung im Internet	316
	1. Rechtsbruch (§ 3 a UWG)	316
	2. Verstoß gegen das Verbot von Kopplungsangeboten	317
	3. Flexible Preisgestaltung im Internet	317

7. Teil

	Ausblick und Zusammenfassung	319
A.	Änderung der Gesetzeslage	319
	I. Nachbesserungspflicht	320
	II. Ursprüngliche Bestrebungen gescheitert	321
	III. Neuregelung in Form eines Sonderprivatrechts	322
	1. Rechtsvergleich im deutschsprachigen Bereich	322
	a) Österreich	322
	b) Schweiz	324
	2. Fazit	325
	3. Übertragbarkeit	326
	IV. Streichung von § 656 BGB	327
B.	Thesenartige Ergebniszusammenfassung	328
	I. Online-Dating	328
	II. Vertragstypologie	328
	III. Wirksamkeit der Verträge	329
	IV. Anwendung von § 656 BGB	329
	V. Sekundäransprüche des Nutzers	329
	VI. Beendigung des Vertrages	330
	VII. Unwirksame Klauseln	330
	VIII. Kein Sonderrecht	331
	IX. Abschließendes Fazit	331

Inhaltsverzeichnis	25
--------------------	----

Anhang	332
A. Marktanalyse bzgl. des Verkehrswertes des Online-Datings	332
I. Online-Partnerschaftsvermittlung	332
II. Singlebörsen	332
III. Casual-Dating	333
B. Korrespondenz mit der V.I.P. GmbH	334
Entscheidungsregister	335
Literaturverzeichnis	341
Verzeichnis der Internetquellen	350
Stichwortverzeichnis	353

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (außer Kraft)
AG	Amtsgericht
AGB	allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AJP/PJA	Aktuelle juristische Praxis - Pratique juridique Actuelle (Zeitschrift, Schweiz)
Anh.	Anhang
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayObLGZ	Entscheidungssammlung in Zivilsachen des Bayerischen Obersten Landesgerichtes
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drucks.	Bundesratdrucksache
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (außer Kraft)
Bsp.	Beispiel(e)
bspw.	Beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DSRITB	Deutsche Stiftung für Recht und Informatik, Tagungsband Herbstakademie IT und Internet – mit Recht gestalten
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
d. h.	das heißt
EG	Europäische Gemeinschaft
Einf	Einführung
EL	Ergänzungslieferung
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof

evtl.	eventuell
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	und der/die Folgende
ff.	und die Folgenden
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
h. L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HS	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.d.S	in diesem Sinne
i.e.S.	im engeren Sinn
insbes.	insbesondere
i.R.	im Rahmen
i.R.d.	im Rahmen des/der
i. S. d.	im Sinne des/der
ITRB	IT-Rechtsberater (Zeitschrift)
i.V.m .	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
lit.	litera = lateinisch: Buchstabe
Lit.	Literatur
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LTO	Legal Tribune Online (Online-Zeitschrift)
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MüKo	Münchener Kommentar
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport Zivilrecht (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OLG	Oberlandesgericht
ProstG	Prostitutionsgesetz

RG	Reichsgericht
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite, Satz, Siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt(e)
str.	streitig/strittig
StrRG	Große Strafrechtsreform
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
u.a.	und andere, unter anderem
u.ä.	und ähnliche/s
Überbl. v.	Überblick vor
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz)
Urt. v.	Urteil vom
u.U.	unter Umständen
u.v.m.	und viele(s) mehr
usw.	und so weiter
UWG	Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Zeitschrift)
ZPO	Zivilprozessordnung

Einleitung

„Einsamkeit ist ein Ur-Übel der Menschheit. Zweisamkeit ist und war immer ein probates Mittel dagegen. Sicherlich ist das Vermitteln von Partnern eine der ältesten sozialen Funktionen.“¹

So stellte es Wolf J. Bütow im Jahr 1982 in seinem Werk „Supermarkt Einsamkeit“ fest. Heutzutage gilt diesbezüglich nichts anderes. Was sich aber verändert hat, ist die Art und Weise, eine solche Zweisamkeit zu suchen und damit auch die Art und Weise der Vermittlung. Der Grund für diese Veränderung ist vor allem in der gesellschaftlichen Entwicklung hinsichtlich des Zugangs und der Nutzung moderner Kommunikationsmedien, insbesondere des Internets² zu sehen. Die herkömmliche Art der Partnersuche im eigenen sozialen Umfeld, wie sie seit jeher stattfindet, gestaltet sich einerseits weitaus schwerer als früher. Dies ist auf die zunehmende Verstädterung und der damit einhergehenden Anonymität des Wohnens und Arbeitens, sowie die innere Isolation des Menschen im Industrie- und Massenzeitalter zurückzuführen.³ Ebenso leistet die Kontaktarmut der heutigen Massengesellschaft einen Beitrag zur Erschwerung der Partnersuche.⁴ Andererseits eröffnen sich durch den Zugang und die Nutzung des „World Wide Webs“⁵ buchstäblich unbegrenzte Möglichkeiten, Menschen, zumindest virtuell, zu treffen.

Im Jahr 2013 befand sich bundesweit bereits in 83 % aller Haushalte ein Computer. 82 % aller Haushalte verfügten über einen Internetzugang und 78 % sogar über einen Breitbandinternetanschluss (z. B. DSL).⁶ Noch im Jahr 2000 waren nur 48 % der deutschen Haushalte mit Computern ausgestattet und nur 16 % verfügten über einen Internetzugang.⁷ Die Anzahl der Internetnutzer⁸ bei den über Vierzehn-

¹ Bütow, Supermarkt Einsamkeit, S. 7.

² „Der Begriff Internet wird heute insbes. verwendet, um ein weltweites, dezentrales Netzwerk voneinander unabhängiger Netzwerke zu beschreiben. Es dient der Kommunikation der Nutzer und dem Austausch, Abruf und weltweiten Zugänglichmachung von Informationen und Inhalten“; *Etling-Ernst*, Internet S. 258 f., in: Schiwy/Schütz/Dörr, Medienrecht.

³ *Casanova*, Partnervermittlung durch elektronische Massenmedien, S. 109.

⁴ Vgl. *Gilles*, JZ 1972, S. 377.

⁵ Das World Wide Web ist nur einer von vielen Diensten des Internets. Das Internet bildet insofern lediglich die Infrastruktur auf deren Basis verschiedene Dienste genutzt werden können; *Etling-Ernst*, Internet S. 258 f., in: Schiwy/Schütz/Dörr, Medienrecht.

⁶ *Statistisches Bundesamt*, Statistisches Jahrbuch 2014, S. 202.

⁷ *Statistisches Bundesamt*, Statistisches Jahrbuch 2006, S. 113.

⁸ Aus Gründen der Einfachheit und Lesbarkeit wird im Folgenden weitgehend die maskuline Form gewählt. Umfasst ist selbstverständlich auch das jeweilige feminine Pendant.

jährigen in Deutschland stieg von 37 % im Jahr 2001 auf nahezu 80 % im Jahr 2014.⁹ Die Folge war ein enormer Zuwachs des Zugangs zum und der Nutzung des Internets innerhalb nur weniger Jahre.

Die globale Digitalisierung und Vernetzung machten auch vor einer der ältesten Branchen, namentlich der Heirats- bzw. Partnerschaftsvermittlung, nicht halt. Laut *Eric Hegmann*, sog. „Single-Experte“ bei einer großen Online-Partnerschaftsvermittlungsgesellschaft, eröffnet das Internet neue Möglichkeiten und Wege, einen Partner kennen zu lernen, die man nicht ungenutzt lassen sollte. Jeder Vierte habe bereits über das Internet Kontakte geknüpft.¹⁰ Waren es 2005 noch 9,2 % der Internetnutzer, die mit einer Online-Bekanntheit liiert waren, sollen es im Jahre 2015 bereits über 30 % aller Partnerschaften gewesen sein, die online entstanden.¹¹ Sogar 16,4 % der in 2013 in Deutschland geschlossenen Ehen sollen auf eine Partnersuche im Internet zurückgehen.¹² Insgesamt ist also eine deutlich steigende Tendenz der im Internet geknüpften Kontakte über die letzten Jahre zu erkennen.

Während der 1970er Jahre stellte sich bereits heraus, dass die gewerbsmäßige Heiratsvermittlung in Deutschland ständig an wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und rechtlicher Bedeutung gewonnen hat.¹³ Seither hat die Heiratsvermittlung zwar merklich an Bedeutung verloren. Nicht hingegen die sich daraus entwickelnde Partnerschaftsvermittlung. In den 1990ern konnte bereits festgestellt werden, dass das Wachstum dieser Branche enorm ist und seinesgleichen sucht.¹⁴ Nach einer Verdoppelung der Zahl seit den 1970ern beschäftigten sich schon damals etwa 1.500 Anbieter deutschlandweit mit der gewerblichen Partnerschaftsvermittlung.¹⁵ Mittlerweile sind es weitaus mehr Anbieter in diesem Sektor.

Nicht nur die Kunden, sondern auch die Anbieter nutzen in der heutigen Zeit hauptsächlich das Internet, um ihre Leistung anzubieten und zu erbringen. Laut Stiftung Warentest betrug die Zahl der deutschen Online-Anbieter im Jahr 2005 rund 2.500.¹⁶ In diesem Bereich dürfte sich die Zahl der verschiedenen Portale auch heute noch bewegen,¹⁷ obwohl diese mittlerweile von nur wenigen großen Unternehmen betrieben werden.

⁹ *Initiative D21*, D21-Digital-Index 2014, S. 13.

¹⁰ *Eric Hegmann* in Parship/Ratgeber/Experten, 12 Tipps für Ihre Online-Partnersuche, https://www.parship.de/editorial/ratgeber/experten/ratgeber-videos-12-tipps-fuer-ihre-online-partnersuche/#anchor_01.

¹¹ *Rachow*, MMR 2015, S. 152; *Moucha/Pflitsch/Wiechers*, Der Online-Dating-Markt 2014–2015, S. 1, 5.

¹² *Moucha/Pflitsch/Wiechers*, Der Online-Dating-Markt 2014–2015, S. 1, 5.

¹³ Vgl. *Gilles*, Gewerbsmäßige Ehevermittlung, S. 3.

¹⁴ Vgl. *Krenzer*, Die gewerbliche Partnervermittlung, S. 2.

¹⁵ *Krenzer*, Die gewerbliche Partnervermittlung, S. 2.

¹⁶ *test.de* (Stiftung Warentest), Im Netz der einsamen Herzen, 10/2005, S. 72, <https://www.test.de/Partnersuche-Im-Netz-der-einsamen-Herzen-1294897-2294897/>.

¹⁷ Vgl. Partnervermittlung und Singlebörsen, Partnerbörsen-Vergleich für die Online-Partnersuche, <http://partnersuche-singleboerse-uebersicht.de/>; vgl. auch *Meinholz*,

Die rechtliche Einordnung und Behandlung der Heiratsvermittlung ist seit jeher geklärt. Hierfür hat der historische Gesetzgeber mit § 656 BGB eine ausdrückliche Regelung geschaffen.

Etwas anderes gilt für die Eheanbahnung und die Partnerschaftsvermittlung. Lange Zeit waren diese beiden Formen Gegenstand einer heftigen juristischen Diskussion. Heute scheint die Frage nach der rechtlichen Behandlung der Partnerschaftsvermittlung vermeintlich geklärt. Der BGH hat hierzu einige wegweisende Entscheidungen getroffen,¹⁸ die im Verlauf der Arbeit erläutert und diskutiert werden sollen. Insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftliche und rechtliche Entwicklung der letzten Jahre ist diese Rspr. kritisch zu hinterfragen. Zwar ließ der Gesetzgeber § 656 BGB seit jeher unangetastet, doch haben sich andere Aspekte des deutschen Zivilrechts so gravierend verändert, dass ein Überdenken des gesamten Themenkomplexes der Partnerschaftsvermittlung unbedingt erforderlich ist.

Im Folgenden soll das Augenmerk auf die neueste Form der Partnerschaftsvermittlung, im weitesten Sinne das Online-Dating, gelegt werden. Zunächst werden dessen historische Entwicklung und die heutige Stellung auf dem Branchenmarkt dargestellt. Dafür wird es nötig sein, den entsprechenden Leistungskatalog genauer zu betrachten.

Nach der tatsächlichen Betrachtung folgt eine rechtliche Analyse des Themas. Es wird die Frage aufgeworfen, wie der Vertrag unter normalen Umständen und im Falle gewisser Sonderkonstellationen, z. B. der Minderjährigkeit des Vertragspartners, zustande kommt. Anschließend wird eine vertragstypologische Einordnung vorgenommen. Dabei werden die verschiedenen Leistungselemente untersucht und den passenden Vertragstypen zugeordnet. Erst danach kann der Vertrag insgesamt einem Typus zugeordnet werden. Bei der Gesamteinordnung ist zwischen den verschiedenen Ausprägungen des Online-Datings zu unterscheiden.

Im Anschluss wird die Frage nach der grundsätzlichen Wirksamkeit des geschlossenen Vertrages beantwortet. Daneben werden ebenfalls Sonderkonstellationen, die die Wirksamkeit des Vertrages tangieren können behandelt. Im Mittelpunkt steht die Frage nach einem Verstoß des Vertragsinhalts gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen die guten Sitten.

Anschließend folgt eine ausführliche Auseinandersetzung mit § 656 BGB, der eine maßgebliche Rolle beim rechtlichen Umgang mit der Partnerschaftsvermittlung einnimmt. Dessen Regelungsgehalt und Anwendungsbereich werden darge-

Online-Dating, Der Heiratsmarkt des 21. Jahrhunderts, in: Stern, Artikel vom 15.02.2014, <http://www.stern.de/familie/beziehung/online-dating-der-heiratsmarkt-des-21-jahrhunderts-3391500.html>, die zumindest von mehr als 2000 Anbietern auf dem deutschen Online-Markt ausgeht; ebenso *Huguenin/Hunold*, Qualifikation der Verträge mit Online-Partnervermittlern, S. 827; *Moucha/Pflitsch/Wiechers*, Der Online-Dating-Markt 2014–2015, S. 4.

¹⁸ Vgl. z. B. BGH FamZR 1983, S. 987 ff.; BGH FamZR 1986, S. 240 f.; BGH NJW 1990, S. 2550 ff.; BGH NJW-RR 2004, S. 778 ff.